

Zoll
Partner mit Riecher

Technik
Fliegende
Zielscheiben

Kriminalität
Raub ist nicht
vererbbar

06/13

kripo.at



**VEREINIGUNG
KRIMINALDIENST
ÖSTERREICH**



ÖSTERREICHS LETZTE GRENZEN

Die Schönheit des Angeklagten

Langsam weihnachtet es, deshalb will ich versöhnliche Töne anschlagen und auf die Überheblichkeit eines Rechtsanwaltes nicht in der Art reagieren, wie es eigentlich notwendig wäre. Ist eigentlich schon ein starkes Stück, wenn ein Rechtsanwalt die Geschworenen eines Prozesses allesamt als blöd hinstellt – natürlich nicht wörtlich, aber in der Art, wie es eben ein Angehöriger seiner Zunft entsprechend fein formuliert.

Was war geschehen?

Der allgemein bekannte Mordfall Kühner hatte alle Ingredienzien eines Indizienprozesses. Da gab es einen leugnenden Angeklagten, eine aufwendige Gerichtsverhandlung, viele Gutachter und noch mehr Zeugen und, ja natürlich, einen Rechtsanwalt. Recht sprechen sollten, wie es unsere Rechtsordnung vorsieht, acht Geschworene. Das Ergebnis des Indizienprozesses war nicht nach dem Geschmack des Anwalts, der Angeklagte wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Soweit, so gut. Völlig verständlich, wenn Angeklagter und Anwalt mit dem Urteil nicht zufrieden sind. Völlig in Ordnung, wenn ein Rechtsmittel eingereicht wird, aber nicht in Ordnung, wenn der Rechtsanwalt die Geschworenen pauschal als zu blöd hinstellt, weil ihm das Urteil nicht gefällt. Nun gut, die Möglichkeit des Irrtums durch Laienrichter ist gegeben, deswegen gibt es ja noch drei Berufsrichter, die eventuell ein Fehlurteil durch Aufforderung der Änderung oder Aussetzen des Urteils berichtigen können. Sie taten es nicht, was darauf schließen lässt, dass die Berufsrichter das Urteil als richtig anerkannten. Die Geschworenen hätten auf Grund des Umfangs der Beweismittel das Ganze gar nicht mitbekommen, meinte Anwalt Farid Rifaat und außerdem sei sein Mandat ein Kotzbrocken und einen solchen verurteilen Geschworene lieber als einen schönen Menschen. Wie bitte?

Also wenn ich nicht ganz irre hat man die Geschworenengerichtsbarkeit eben deswegen eingeführt, um „normale“ Menschen urteilen zu lassen, die sich nicht auf juristische Spitzfindigkeiten verstehen. Geschworene müssen gar nicht juristische und forensische Details verstehen, sie sollen die Sachlage beurteilen und nicht die Rechtslage. Das juristische wird den Gesetzesgelehrten überlassen. Hält Herr Rifaat österreichische Geschworene tatsächlich für so dumm, dass für ihr Urteil das Aussehen des Angeklagten maßgeblich ist? Wenn dem so wäre, dann wäre wohl Karl-Heinz Grasser, dem ja ein Prozess ins Haus steht, heute schon freigesprochen, denn attraktiv ist er. Pech für ihn, dass es kein Geschworenengericht sein wird. Und weil Weihnachten nicht fern ist, hat Herr Rifaat gleich einen Wunsch an das Christkind mitgeschickt - Geschworene sollten zukünftig ihr Urteil ausformulieren. Wenn Geschworene seiner Meinung nach schon zu dumm sind, eine Sachlage zu beurteilen, wie sollen sie dann eine Entscheidungsfindung juristisch ausformulieren? Eine Urteilsbegründung von Laien ausformuliert wäre wohl ein aufgelegter 11-Meter für Rechtsanwälte. Gut, dass das Christkind nicht alle Wünsche erfüllt.

Mit dieser besinnlichen Grundeinstellung wünsche ich im Namen des gesamten Vorstandes und aller Funktionäre unseren Mitgliedern, Freunden, Inserenten und dem Dienstgeber ein ruhiges Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2014

Richard Benda
Präsident



news

Nationale & Internationale	5
Shortcuts	

top-thema

- Grenzenlos	6
- Flughafen - die letzte Grenze	9
- Partner mit Riecher	13

intern

- Leserbrief	16
- Wir brauchen Verstärkung	16
- kripo.at Rätsel	16
- Vorschau 2014	17
- kripo.at Termine	17

kriminalität

- Raub ist nicht vererbbar	19
----------------------------	----

bericht

- Sicherheit ist ein Gefühl	23
-----------------------------	----

technik

- Fliegende Zielscheiben	25
--------------------------	----

kommentar

- Grenzenlos	27
--------------	----

mix

- Interpol - 90 Jahre bewegte Polizeigeschichte	29
- Buchtipp	29

Russland: Großer Fang der Ermittler - Cyber Krimineller verhaftet



Der unter dem Alias „Paunch“ bekannte vermutliche Autor des Blackhole-Exploit-Kit wurde von russischen Ermittlern verhaftet. Der Verhaftete gilt als einer der ganz Großen im Geschäft mit Malware. Sein Exploit-Kit, das 1.500 US-Dollar pro Jahr kostete, reagierte oft innerhalb von Stunden auf neue Sicherheitslücken. Die russischen Behörden informierten Europol über die Verhaftung des Verdächtigen, dessen Identität noch nicht bekannt ist. Zusammen mit ihm sollen auch weitere Verdächtige gefasst worden sein. Das im Jahr 2010 erstmals aufgetauchte Blackhole-Kit infiziert Rechner von Opfern in der Mehrzahl der Fälle auf zwei Wegen. Völlig legitime Webseiten werden so präpariert, dass beim Besuch der Seite im Hintergrund Malware auf den Rechner des Anwenders geladen wird. Der zweite Infektionsweg versteckt sich als Link in harmlos wirkenden E-Mails. Einmal auf dem Rechner des Opfers, versucht Malware gemeinhin, finanziell relevante Daten zu kopieren, Passwörter abzugreifen und Tastaturanschläge zu protokollieren und alle gesammelten Daten an einen entfernten Server der Cyberkriminellen zu senden. Die russischen Behörden vermuten, „Paunch“ habe mit seinem weit verbreiteten Exploit-Kit Millionen verdient. Das Exploit-Kit wurde sehr regelmäßig aktualisiert und blieb so den Antiviren-Programmen meist einen entscheidenden Schritt voraus.

England: Scotland Yard Spezialabteilung: Super Recognizers

Scotland Yard unterhält seit einigen Jahren eine Spezialabteilung mit Beamten, die über ein besonders gutes Personengedächtnis verfügen. Die sogenannten Super Recognizers werten die Bilder von Überwachungskameras aus und studieren das Bildarchiv der Polizei, um Tatverdächtige zu identifizieren. Die Trefferquote der Super Recognizers ist dabei beeindruckend gut und deutlich höher als die von Gesichtserkennungssoftware. Quelle und weitere Informationen:

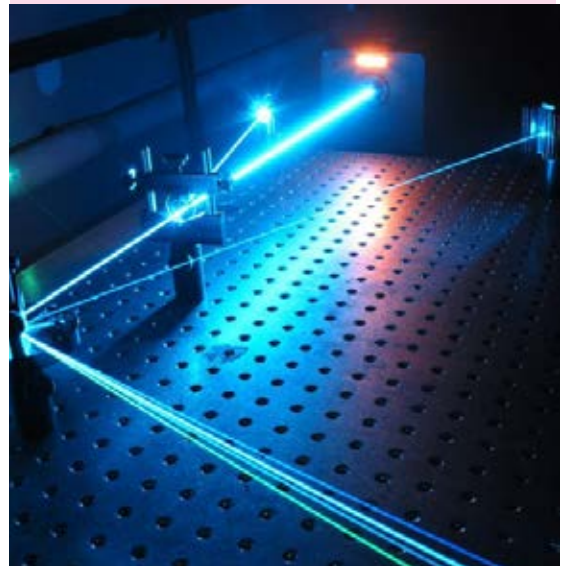


<http://www.vancouversun.com/news/know+concept+policing/8972257/story.html>

EU: Eurosur stärkt Außengrenzen

Das EU-Parlament hat "Eurosur" zugestimmt. Bei dem Überwachungssystem geht es um einen besseren Informationsfluss zwischen nationalen Grenzbehörden. Ziel ist aber nicht nur die Bekämpfung der illegalen Einwanderung. Dabei wird die südliche Außengrenze im Mittelmeer in Grenzabschnitte eingeteilt und diese nach Risikofaktoren bewertet. Damit können die Patrouillefahrten der EU-Grenzschutzagentur Frontex gezielter und noch effizienter eingesetzt werden. Für Hubert Pirker, Sicherheitssprecher im Europäischen Parlament, steht fest: "Eurosur wird mehr Sicherheit an Europas Außengrenzen und damit auch mehr Sicherheit im Inneren bringen. Dieses kluge System wird entscheidend dazu beitragen, dass illegale Migration vor allem im Mittelmeerraum möglichst verhindert wird. Damit ist in der Union allen geholfen, nicht nur den Mittelmeeranrainerstaaten." Nach dem Beschluss durch das EU-Parlament müssen formell noch die Mitgliedstaaten zustimmen.

EU: Neuer Laser: Mehr Flugsicherheit und Komfort



Dank eines innovativen Lasersystems ist es möglich, kleinste Mengen von Materialien zur Herstellung von Sprengsätzen verlässlich nachzuweisen und somit die Flugsicherheit um ein Vielfaches zu erhöhen. Dieses zeitsparende Verfahren könnte in erster Linie an Flughafen-Kontrollpunkten eingesetzt werden.

Bei diesem System kommt ein einzelner Laserstrahl mit zwei unterschiedlichen Impulsen zum Einsatz. Der erste Laserimpuls ist in der Lage, bestimmte Frequenzen wahrzunehmen, die auf explosive Stoffe hindeuten, während der zweite Impuls als Bezugspunkt für den ersten agiert. Ein auftretender Unterschied zwischen den beiden Laserimpulsen weist darauf hin, dass sich Sprengstoff in der Nähe befindet. Zusätzlich kann die genaue Position des explosiven Materials ermittelt werden

Experten sehen den Ansatz durchaus als praktikabel an. "Obwohl es derzeit schon Scanner gibt, die Bomben aufspüren können, halte ich diesen neuen Laser für sehr begrüßenswert, da er zusätzlich zur Sicherheit der Passagiere beiträgt. Ich könnte mir außerdem vorstellen, dass die Kontrollen dadurch einfacher und auch zuverlässiger gestaltet werden", kommentiert ein Luftfahrtexperte das Projekt.

Darüber hinaus wäre es möglich, dass diese Technologie ein Ende der langen Wartezeiten an den Schaltern bedeutet. Bisher waren die Fluggäste dazu gezwungen, sich in langen Schlangen anzustellen, eventuell ihre Schuhe auszuziehen sowie einen peinlichen Ganzkörperscan über sich ergehen zu lassen.



General Perkovic auf dem Fahndungsfoto des deutschen Bundeskriminalamtes aus dem Jahre 2012

Grenzenlos aber nicht unkontrolliert

Das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Union frei zu bewegen und aufzuhalten, ist ein Grundrecht, das den Bürgern der Europäischen Union (EU) durch Verträge garantiert wird. Dieses Grundrecht wird durch den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen verwirklicht.

Dass mit der Abschaffung der Binnengrenzen keine paradisischen Zustände eintreten würden war vor allem den Praktikern bei Polizei und Zoll klar. Sie wussten um die europaweit agierenden kriminellen Netzwerke, deren Tätigkeit nach dem Fall der Staatsgrenzen wesentlich erleichtert wurde. So mischte sich in die offizielle Freude über das "freie Europa", welches in Wirklichkeit nur eine Teilabschaffung der Binnengrenzen, eine strengere Kontrolle der Außengrenzen der Union sowie strengere Vorschriften für die Einreise und den Aufenthalt von Staatsangehörigen aus Drittstaaten erforderte. Dazu gehört auch eine gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik.

Das Konzept des freien Personenverkehrs wurde mit der Unterzeichnung des Schengener Abkommens 1985 und des anschließenden Schengener Übereinkommens 1990 eingeführt, mit dem die schrittweise Abschaffung der Personenkontrolle an den Binnengrenzen der Unterzeichnerländer begann. Als Teil des rechtlichen und institutionellen Rahmens der EU wurde die Zusammenarbeit im Schengen-Raum nach und nach erweitert und umfasst inzwischen die meisten EU-Mitgliedstaaten sowie einige Nicht-EU-Länder.

Dass es dennoch immer wieder zu Auffassungsunterschieden zwischen einzelnen Staaten und der EU kommt, macht die Arbeit der Sicherheitsbehörden oft schwie-

rig. Dies wird zur Zeit am Beispiel Kroatien deutlich. Die Regierung des jüngsten EU Mitgliedes schützt zur Zeit etwa 20 mutmaßliche Straftäter, die mit internationalem Haftbefehl gesucht werden. Nur wenige Monate nach dem EU-Beitritt will man deshalb in Brüssel Sanktionen gegen das Land verhängen.

Am 1. Juli feierte Kroatien die Aufnahme in die Europäische Union mit grossem Pomp und viel Optimismus. Als 28. Mitgliedsstaat war man besonders stolz auf die Vorreiterrolle in der Region. Mittlerweile will Brüssel harte Sanktionen gegen das Land verhängen, denn Kroatien ignoriert weiter die Umsetzung des europäischen Haftbefehls.

Mehr als 20 europäische Haftbefehle ignoriert

Auslöser des Konflikts ist ein Gesetz, mit dem Kroatien drei Tage vor seinem EU-Beitritt die Anwendung des europäischen Haftbefehls auf nach August 2002 begangene Straftaten begrenzt. Damit wird die Auslieferung mutmaßlicher Krimineller verhindert.

Dies betrifft unter anderem nicht nur die Zeit der Balkan-Kriege, sondern auch Fälle wie jenen des früheren jugoslawischen Geheimdienstagenten Perkovic. Der pensionierte Geheimdienstgeneral Josip Perkovic sowie knapp zwei Dutzend

weitere mutmaßliche Kriminelle werden so vor ihrer Auslieferung in andere EU-Länder geschützt. Gegen Perkovic liegt ein Haftbefehl des deutschen Generalbundesanwalts wegen des Mordes an einem jugoslawischen Dissidenten 1983 im bayrischen Wolfratshausen vor.

Aber auch Österreich und Slowenien fahnden nach kroatischen Bürgern wegen Mordes, Vergewaltigungen und Geldfälschungen. Bis Anfang September hatte Kroatien 121 Ersuchen auf Grundlage des Europäischen Haftbefehls erhalten. Davon betrafen 23 vor August 2002 begangene Straftaten. Aktuell liegen den Behörden in Zagreb mehr als 20 europäische Haftbefehle vor, denen Kroatien nicht nachkommt. Die Kommission stellte in diesem Zusammenhang ganz klar fest: "Die zeitliche Beschränkung des Europäischen Haftbefehls ist ein eindeutiger, schwerer Verstoß gegen EU-Recht".

Mittlerweile hat sich die kroatische Regierung auf Druck der EU zu einer erneuten Gesetzesänderung bereit erklärt, diese wird aber erst am 1. Jänner 2014 in Kraft treten. Bemerkenswert dabei ist, dass Kroatien im Sommer nur wenige Tage gebraucht hat, um seine Gesetze entgegen der EU-Richtlinie zu ändern. Den gesuchten Kriminellen blieb daher die Chance noch rechtzeitig abzutauchen.

• JWL

Flughafen - die letzte Grenze

Personen-, Gepäck-, Pass- und Sicherheitskontrollen – als letzte Außengrenze braucht der Flughafen Wien ein lückenloses Sicherheitskonzept. Wie Kontrollorgane, Polizei, Feuerwehr und andere Einsatzorganisationen den hohen Ansprüchen gerecht werden.

Achtung! Unbeaufsichtigte Gepäckstücke werden aus Sicherheitsgründen von der Polizei entfernt – weist die Lautsprecherstimme dezent auf die Polizeipräsenz am Flughafen Wien hin. „Kein Mitarbeiter oder Passagier wird von Haus aus verdächtigt, terroristische oder andere kriminelle Absichten zu haben“, erklärt Franz Spitzer, Manager und Geschäftsführer der Vienna International Airport Security GesmbH (VIAS). „Es geht vor allem um Prävention. Denn die Terroranschläge vom 11. September haben uns nicht nur gezeigt, dass wir in der Luftfahrt im Fokus des Terrorismus stehen, sie haben die Luftfahrt in der Security-Welt revolutioniert.“ Rund 1.800 Mitarbeiter sind am Flughafen Wien rein für Security zuständig – sind also mit der Luftfahrtsicherheit befasst, mit allem, was die Sicherheitskontrollen an Passagieren und Mitarbeitern betrifft.

Flughafen Wien

Am viertgrößten Flughafen im deutsch-

sprachigen Raum eine umfassende Aufgabe: Der Flughafen Wien hat eine Gesamtfläche von rund 10 Quadratkilometern. Darauf befinden sich rund 230 Unternehmen, arbeiten rund 20.000 Menschen und bewegen sich pro Jahr mehr als 21 Millionen Passagiere. Zum Vergleich: Alle sechs österreichischen Flughäfen verzeichnen zusammen rund 25 Millionen Passagiere. Ein Personenaufkommen, welches strikte und umfassende Sicherheitsmaßnahmen verlangt. Seit dem 11. September 2001 gibt es vereinheitlichte Normen, wonach jeder Mitarbeiter, der in den Sicherheitsbereich des Flughafens will, genauso zu kontrollieren ist, wie ein Passagier, bevor er das Gate betritt. Im Rahmen der Personen- und Handgepäckkontrolle müssen daher vor der Metalldetektorschleuse alle mitgeführten Metallgegenstände abgelegt werden. Reisende, die nicht innerhalb der Schengen-Länder reisen, müssen anschließend noch die Passkontrolle passieren. Dabei wird der

Reisepass auf ein Passlesegerät aufgelegt. Innerhalb weniger Minuten wird der Passagier durchgecheckt und seine Daten werden mit der aktuellen Fahndungsliste abgeglichen. Im Falle eines Treffers, öffnen sich die Schiebetüren am Ende der Kontrollschleuse nicht mehr und die Polizei übernimmt.

Kontrollen durch Sicherheitsfirma

„Die allgemeinen Zutritts-Sicherheitskontrollen werden nicht von der Polizei, sondern von den Mitarbeitern der Firma VIAS durchgeführt“, erklärt Oberst Leopold Holzbauer, Kommandant des SPK Schwechat und der Flughafen-Polizei. „Die Polizei ist mit Doppelstreifen im Terminalbereich an den Sicherheitskontrollstraßen vertreten, um einerseits Qualitätskontrolle an den durchgeführten Sicherheitsüberprüfungen zu betreiben und andererseits bei anfallenden Amtshandlungen einzugreifen, wenn etwa verbote-

ne Waffen entdeckt werden.“ Ausgebildet werden die Sicherheitskontrollorgane in einem dreiwöchigen Grundkurs vom BMI, der mit einer Dienstprüfung endet, die vom LPK NÖ abgenommen wird. Etwa 1.200 Mitarbeiter sind derzeit rein für diese Sicherheits- und Zutrittskontrollen verantwortlich.

Insgesamt stehen 44 Sicherheitskontrollstellen im Terminalbereich zur Verfügung. Je nach Reiseziel ergibt sich, ob ein Passagier nun eine Sicherheitskontrolle und/oder eine Grenzkontrolle braucht. „Eine der großen Herausforderungen ist, dass wir somit 32 Passagierkategorien in einem Gebäude, in dem alles auf Schnelligkeit getrimmt ist, unterscheiden müssen“, sagt Spitzer.

Der einzelne Passagier mag sich nun über die komplexe Wegeführung am Flughafengelände den Kopf zerbrechen. Dahinter stehen ebenso komplexe behördliche Vorgaben und streng geregelte Sicherheitskonzepte, um das enorme Passagieraufkommen sicher und zügig abfertigen zu können.

Sprengstoffhunde

Zusätzlich verfügt VIAS über eine Sprengstoffspürhundestaffel. Die sechs Diensthunde – Deutsche Schäferhunde, Malinois und Rottweiler – wurden ursprünglich anlässlich der Terroranschläge vom 11. September als Spezialsprengstoffspürhunde zum Auffinden von Sprengstoffen am und im Körper ausgebildet. Heute ist die zweite Hundegeneration in der Lage, Sprengstoffe in den Verpackungen von Cargopaletten in einer Höhe bis 1,60 Metern aufzuspüren. „Das ist aber keine Aufgabe des Flughafens, sondern das machen wir als VIAS für die Versender von Frachtgütern, für Expeditionen oder Airlines als Dienstleistung“, sagt Spitzer.

Direkt für den Flughafen zuständig sind die 16 Diensthunde und Hundeführer der Polizei. Sie sind vor allem auf das Auf-

spüren von Sprengstoff und Suchtmitteln trainiert, werden aber auch bei speziellen Überwachungstätigkeiten eingesetzt. Generell sind im Bereich Flughafen 450 Polizisten tätig. 42 Bedienstete davon sind der Stadt Schwechat zugeteilt, der Rest ist am Flughafen stationiert.

Spezialeinheit „Kraniche“

Seit den 1950er-Jahren bestand ein kleines Inspektionskommissariat, das 1980 vergrößert und als eigenständige Spezialeinheit „Kraniche“ aufgestellt wurde. „Sie sind immer noch im Flugha-



100 Millionen Euro pro Jahr für die Sicherheit

fenwachzimmer stationiert, werden jetzt aber als eigener Fachbereich im Referat II – Einsatz, Aviation-Security und Verkehr – geführt“, erklärt Oberst Holzbauer. „Dieser Fachbereich untergliedert sich in die drei Hauptsachgebiete ‚Allgemeiner Sicherheitsdienst und Verkehr‘ (ehemalige Flughafenpolizeiinspektion), ‚Aviation-Security und SKO‘ sowie ‚Innen- und Außensicherung‘ (ehemalige Kraniche).“ Aviation-Security umfasst die zentrale Sicherheitskontrolle der VIAS-Organen und die Qualitätskontrolle. Der Bereich Innen- und Außensicherung ist mit den reinen Sicherungstätigkeiten befasst, dem normalen Streifendienst am Flughafen, aber auch mit besonderen Überwachungsmaßnahmen bei Staatsbesuchen oder von gefährdeten Flügen.

Fachbereiche Kriminalität

Zudem verfügt die Polizei am Flughafen Wien über eigene Fachbereiche für den

Kriminaldienst. „Wir haben in unserer Struktur einen Fachbereich für die allgemeine Kriminalität und einen für die grenzdienstbezogene Kriminalität“, erklärt Oberst Holzbauer. „In letzterem geht es vor allem um Schlepper- und Suchtmittelamtshandlungen. Der andere Bereich deckt die gesamte strafrechtliche Palette ab, welche nicht das Landeskriminalamt übernimmt – von Raub über Diebstahl bis zu einem bedenklichen Todesfall war bereits alles dabei.“

Mit rund 2.400 Kameras wird der komplette Flughafen sicherheitsvideoüber-

wacht. „Das ist von der Datenschutzkommission genehmigt“, erklärt Oberst Holzbauer. „Sehr wertvoll sind sie auch für kurz unbeaufsichtigt gelassene und damit verdächtige Gepäckstücke. Sonst müssten wir jedes Mal den Flughafen sperren.“

Lässt sich ein herrenloses Gepäckstück tatsächlich niemandem zuordnen, kontrollieren

Sprengstoffkundige Organe, ob ein Erstverdacht gegeben ist. „Sollte er sich bestätigen, müssen wir Sperren errichten“, sagt Oberst Holzbauer. „Der verdächtige Gegenstand wird nicht ortsverändert und soweit wie möglich vor Ort abgearbeitet. Wenn das nicht möglich ist, haben wir eigene Örtlichkeiten – Bombengates – für eine gesicherte Entschärfung. Nötig war das aber noch nie.“

Seit der Eröffnung des Check-in-3 am 5. Juni 2012 ist das größte Einsatzgebiet der Polizei der Grenzbereich. Rund 45.000 Quadratmeter Abfertigungsfläche muss betreut werden. Neben einer zentralen Ausreisestelle und drei Behördeninseln mit je sechs Einreisekojen, die von der Polizei personell besetzt werden, verfügt der Check-in-3 über eine neue Grenzkontrollstelle, die mit 180 Polizisten dotiert ist. Verstärkt wird das Stammpersonal von rund 40 dienstzugeteilten Kollegen und Kolleginnen aus nahezu allen Bundeslän-

dern. „Sie sind für die gesamte Grenzkontrolle zuständig, die in zwei Linien abläuft: Grob erklärt befasst sich die Kontrolllinie 1 mit allem, was die Passkontrolle betrifft. Die Kontrolllinie 2 ist dann die 2. Kontrollebene. Dort wird zudem aufgearbeitet, was in der ersten Kontrolllinie anfällt.“

Zu den häufigsten Delikten am Flughafen zählen organisierte gewerbsmäßige Landendiebstähle, nahezu alle Formen der organisierten Kriminalität, Suchtmittelaufgriffe, Menschenhandel sowie alle Formen von Urkundendelikten.

Sonderaufgaben Grenze

Mit ihren grenzdienstbezogenen Sonderaufgaben deckt die Polizei einen weiten wesentlichen Bereich am Flughafen ab – Rückführungsmaßnahmen. Rund 30 Polizisten sind mit diesen fremdenpolizeilichen und asylrechtlichen Amtshandlungen betraut. Seit März 2011 laufen Abschiebungen, Auslieferungen und Zurückweisungen in einem gesonderten Gebäude ab – im „Objekt 240“. „Schubprozesse sind immer schwierig – für die Beamten und die Betroffenen“, sagt Spitzer. „Im Objekt 240 läuft das jetzt fern von den normalen Prozessen ab. Die Betroffenen fahren mit den Polizeibeamten direkt in dieses Gebäude über einen eigenen Sicherheitscheckpoint und können von dort aus direkt in das Flugzeug gebracht werden.“

Personen, die am Flughafen Wien landen und in Österreich Asyl beantragen wollen, werden im „Sondertransit“ betreut. „Angelegt haben wir das eigene Gebäude dafür mit Innenhof und Sportmöglichkeiten inklusive getrennten Bereichen für Familien, Frauen und Männer“, erklärt Spitzer.

Sichererer Flughafenbetrieb

Im Englischen besteht neben dem zuvor beschriebenen Security-Begriff noch die Bezeichnung Safety. Hier geht es darum, menschliche wie technische Fehler zu verhindern und somit Schäden an Personen, Flugzeugen, Fahrzeugen oder der Infrastruktur entgegen zu wirken. Durch gezieltes Safety-Management wurde die

Luftfahrt das sicherste Verkehrsmittel – freilich nicht nur in der Luft, sondern auch am Boden bei Starts, Landungen und Einparkungen. Um diesen Safety-Gedanken im Bewusstsein des Personals zu verankern, sind für alle neuen Mitarbeiter und alle vier Jahre Safety-Kurz-Schulungen mit anschließender Wissensüberprüfung vorgeschrieben. Rund 100 Mitarbeiter sind mit Safety-Tätigkeiten am Flughafen Wien betraut.

Dazu zählen auch die zwei fix stationierten Feuerwehren. „Ein internationales Gesetz gibt vor, dass die Feuerwehr von der Alar-

cher nicht. Kinderskateboards und Roller sind verboten, Nordic-Walking-Stöcke genauso, es sei denn, sie dienen als Gehhilfen, dann sind sie erlaubt. Mitarbeiter werden genauso kontrolliert wie Passagiere – nur 10 oder 15 mal pro Tag. Wenn jemand terroristische Absichten hat – und wir wissen, dass auch am 11. September Mitarbeiter beteiligt waren – sind das bis zu 15 Gelegenheiten am Tag, etwas in den Sicherheitsbereich zu schleusen. Ein Passagier mit diesen Absichten hat im Wesentlichen nur eine einzige Gelegenheit. Demnach kann ich hier nicht die glei-



Aviation-Security und SKO sowie ‚Innen- und Außensicherung‘ (ehem. Kraniche)

mierung bis zum Ende der letzten Piste innerhalb von ca. zwei Minuten da sein muss“, sagt Spitzer. Meldet ein Pilot ein technisches Problem, wird die Feuerwehr vorsorglich in Position gerufen. Ein Trupp kümmert sich im Bereich Brandschutz um die Pisten, ein zweiter um die Gebäude. „Im Falle eines Großbrands in einem Gebäude könnten wir die Feuerwehrleute von der Piste abziehen, müssten aber diese Piste sperren“, erklärt Spitzer. Ein Szenario, das noch nie eintraf.

Richtiger Weg?

„Das Besondere an unserem Standort ist, dass wir in punkto Sicherheit viel Geld ausgeben – pro Jahr 100 Millionen Euro“, sagt Spitzer. „Aber dennoch stellt sich mir die Frage, obwohl wir die gesetzlichen Vorgaben der EU, die vielen Personalkosten und die hemmenden Arbeitsprozesse hinnehmen, ob das, was wir hier tun, das Richtige ist. Eine Bowlingkugel mit Löchern ist verboten, eine ohne Lö-

che Strategie anwenden und das ist mein Kritikpunkt. Da frag ich mich, ob wir das ganze Geld richtig einsetzen und ob die Gesetze, denen wir uns hier verschreiben, nicht schon viel zu abstrakt sind.“

Eine Lösungsmöglichkeit wäre für Franz Spitzer neben der Etablierung einer europaweiten Gesamtflughafenpolizei, die typische Polizeiarbeit durch Beobachtung vor der Sicherheitskontrolle, ob sich jemand atypisch und auffällig verhält. „Für dieses Beobachten würden wir ein kleines Team aus geschulten Leuten brauchen, das vereinzelt auffällige Personen rausholt und genauer kontrolliert. Da ist noch nichts passiert, wenn wir von 1.000 Passagieren 16 rausholen und uns genauer anschauen. Die restlichen lassen wir so wie es jetzt in etwa ist, weil in der Massenabfertigung geht das nicht. Es mangelt uns nicht an Geld, sondern an der Sichtweise und am System.“

• Julia Riegler / Herbert Zwickl



Zoll am Flughafen

Partner mit Riecher

Waren, die durch den Grüntunnel am Zoll vorbei transportiert werden, sind am Flughafen immer wieder Thema. Die österreichische Zollverwaltung setzt verstärkt auf die Unterstützung von Diensthunden.

Eine Uhr aus Italien, eine Zigarrenkiste aus Kuba oder eine eingelegte Schlange aus Tunesien – die meisten Reisenden haben Mitbringsel im Gepäck. Auf Zoll, Einfuhrumsatzsteuer, Tabak- oder Alkoholsteuer wird dabei oft vergessen. Abgabefrei sind für Flugreisende nur Waren in einem Gesamtwert von 430 Euro. Diese Reisefreigrenze gilt pro Reisenden, kann also nicht auf zwei Reisende aufgeteilt werden. Als Grenze der Freimengen gelten etwa bei Zigaretten 200 Stück oder bei Zigarren 50 Stück. Genauso können etwa 4 Liter nichtschäumende Weine abgabefrei eingeführt werden. Übersteigen außerhalb der EU erworbene Waren diese Freimengen bzw. die Freigrenze von 430 Euro, ist eine Zollanmeldung abzugeben. Sie am Flughafen am Zoll vorbei durch den Grüntunnel transportieren zu wollen, sollte man sich gut überlegen.

Unterstützung auf vier Pfoten

Denn die Österreichische Zollverwaltung setzt im Kampf gegen Schmuggel von Tabak, Suchtmittel, Bargeld und artgeschützten Tieren verstärkt auf die Unterstützung von Diensthunden. 27 sind derzeit im Einsatz, 7 davon in Ausbildung. Die

Diensthunde und ihre Hundeführer sind rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr einsatzbereit. Neben Flughäfen sind sie auf Bahnhöfen und Autobahnen im Einsatz, durchsuchen Gepäckstücke, Fahrzeuge sowie Personen.

Über eine Eigenzucht verfügt die Zollverwaltung nicht mehr. Heute werden die Hunde im Alter von etwa einem Jahr angekauft. Im Rahmen des Ankaufstests werden sie an der veterinärmedizinischen Röntgenabteilung der Uni Klinik in Wien komplett durchgecheckt.

Als Zolldiensthunde im Einsatz sind deutsche und belgische Schäferhunde, Labrador Retriever, Deutschkurzhaar und Englische Springer Spaniel.

Für den Dienst geeignet ist ein Hund, wenn er einen überdurchschnittlich ausgeprägten Beute- und Spieltrieb, ein ausgeglichenes Wesen und keinerlei Aggression gegenüber Fremden aufweist. „Nach dem Ankauf behalte ich die Hunde etwa eine Woche bei mir, um sie einschätzen zu können“, sagt ADir. Druml, Bundesleiter des Diensthundewesens der österreichischen Zollverwaltung. „Auch von den Hundeführern mache ich mir ein Bild. Bis jetzt ist es mir meist gelungen, harmonische Teams zu bilden.“

Doch auch die angehenden Hundeführer müssen ihre Eignung unter Beweis stellen. Neben der abgeschlossenen Grundausbildung in der Zollverwaltung, überdurchschnittlicher Einsatzbereitschaft und körperlicher Fitness, müssen sie sich einem Auswahlverfahren unterziehen. „Auch wenn all diese Punkte erfüllt sind – ausschlaggebend ist die Tierliebe. Obwohl Diensthunde gesetzlich als Waffe gelten, sind sie kein Ausrüstungsgegenstand, sondern Lebewesen, die ständige Betreuung brauchen.“ Die Ausfallsquote liegt bei etwa 20 Prozent.

Ist der Hund schließlich einem Hundeführer zugewiesen, übernimmt für etwa drei bis vier Monate ein Ausbilder oder Bereichsleiter die Betreuung des Teams. „Hauptsächlich geht es dabei um Gewöhnungsarbeiten und sehr viel Spiel, damit der Hund Vertrauen bekommt“, sagt Druml.

Solide Grundausbildung

Danach folgt der erste 8-wöchige Ausbildungslehrgang. Zuerst wird dem Hund das Grundgerüst des Gehorsams beigebracht. Trainiert wird immer im Team Hund-Hundeführer. Zu ihren Leistungen motiviert werden die Hunde unter Ausnüt-

zung des Spieltriebs. Als Belohnung wartet stets ihr Spielzeug. „Dafür erledigt der Hund alle ihm gestellten Aufgaben voll Freude“, sagt Druml. „In den 35 Jahren, die ich im Geschäft bin, hat sich viel an der Hundeausbildung verändert. Man sieht aber an den Erfolgen, dass wir mit Spiel und Spaß für die Hunde viel mehr erreichen, als früher mit Druck und Härte.“



Diensthunde 365 Tage rund um die Uhr im Einsatz

Am Ende erwartet das Team eine Abschlussarbeit, danach eine Erholungsphase von etwa zwei Monaten, bevor für weiter 8 Wochen der nächste Ausbildungslehrgang startet. Nun werden die Hunde für ihre spätere Suchaufgabe nach Suchtmitteln, Tabak, Bargeld oder artgeschützten Tieren trainiert. Gearbeitet wird mit Echtstoffen. Für die Suche nach Suchtmitteln und Tabak stellen die Gerichte beschlagnahmte Waren zur Verfügung. Im Bereich Artenschutz wird der Zoll vom Tiergarten Schönbrunn mit Geruchsträgern wie Schlangenhäuten, Leguankot oder Papageienfedern versorgt. Für die Suche nach Bargeld stellt die Österreichische Nationalbank ca. 50 Millionen Euro in geschnetzelter Form zur Verfügung. Die verwendeten großen Mengen an Dollarbanknoten stammen von der amerikanischen Botschaft – ebenfalls geschnetzelt. „Wir müssen die Hunde auf den Geruch von Großmengen einstellen können“, sagt Druml. „Im Dienst darf er nicht bei jeder Brieftasche anzeigen. Deshalb muss er kleine Beträge ignorieren und erst ab 10.000 Euro die Person stellen, die diese Menge mitführt.“ Angezeigt wird ein Fund passiv durch setzen oder hinlegen – besonders im Artenschutz, um die geschmuggelten Exoten nicht zu verletzen. Am Ende der Grundausbildung steht eine theoretische wie praktische Prüfung. Insgesamt dauert die Ausbildung für das Team 1,5 Jahre. Danach finden monatliche Übungen statt, um die Hunde stets auf dem höchsten Ausbildungsstand zu halten. Jährlich haben die

Teams 68-stündige Fortbildungslehrgänge zu absolvieren.

Historische Entwicklung

Die ersten Diensthunde wurden im Jahr 1951 ausgebildet und für die Sicherung der österreichischen Bundesgrenze eingesetzt. „Da die Wachsamkeit eines Hundes – vor allem in der Nacht – unschlagbar und sein Geruchssinn bis zu 50 mal besser ausgeprägt ist, als beim Menschen, hat sich die Arbeit mit ihnen als effizient erwiesen“, sagt Druml. Die Schutzhundeausbildung im damaligen Sinne gibt es heute nicht mehr. „Wir bilden nur noch auf Schutz aus, um etwa einen Flüchtenden durch Bellen aufhalten zu können.“ Suchtmittelspürhunde werden – nach deutschem Vorbild – seit den 60er-Jahren ausgebildet. Begonnen hat alles in der Zollwachdiensthundeschule in Baumgarten an der March (NÖ) wo seit 1962 Drogenspürhunde ausgebildet wurden. 1982 verlagerte sich die zentrale Ausbildungsstätte ins steirische Graßnitzberg. Durch die Reformierung der Zollwache im Jahr 2004 schrumpfte nicht nur der Bestand an Diensthunden von 112 auf 11, auch die zentrale Ausbildungsstätte wurde aufgelöst. „Die Kurse werden heute in der Region abgehalten, in der die meisten Hundeführer ausgebildet werden sollen“, erklärt Druml.

Zuletzt kam aus aktuellen Anlässen die Ausbildung zu Artenschutzhunden hinzu. Alleine in den letzten zwei Jahren

konnte der Zoll hier rund 51 Aufgriffe verzeichnen. Selbst die findigsten Verstecke werden aufgespürt: So auch 74 in Pralinenschachteln verfrachtete Papageieneier aus Jamaika. 54 junge Papageien konnten im Tiergarten Schönbrunn aufgezogen und teilweise in ihre Heimat zurückgebracht werden.

In Zukunft ist eine weitere Spezialisierung der Spürhundeausbildung durch den Bereich Elfenbein geplant.

„Ein Wundermittel ist der Hund nicht, aber ein effizientes Hilfsmittel“, sagt Druml. „Wenn die Ware luftdicht verpackt ist, hat der Hund auch keine Chance. Nur genügen ihm geringste Duftspuren, die etwa beim Verpacken hinterlassen wurden.“

Viele Auszeichnungen

Wie erfolgreich die Hunde sind, beweisen auch die vielen Auszeichnungen und Gewinne. Im Jahr 2012 etwa konnten Teams aus Österreich bei der Drogenspürhunde-WM in der Mannschafts- sowie Einzelwertung die Goldmedaille erringen – unter 21 Nationen mit je zwei Teams. „Es gibt seither viele Nachfragen von anderen Nationen, wo wir unsere Hunde ankaufen und wie wir sie ausbilden.“

Der größte Erfolg für den Hundeführer und seinen vierbeinigen Kollegen ist aber wohl eine Belobigung durch das Bundesministerium für Finanzen (BMF) oder den/der jeweiligen Zollamtvorstand/ständin. „Der Hund bekommt sowieso nach jeder Suche sein Spielzeug und besonders im Falle des Auffindens viel Lob vom Hundeführer“, sagt Druml. Mit etwa 9-10 Jahren gehen die Hunde in Pension, die sie im Familienverband ihres Hundeführers verbringen. „Etwa 60 Prozent der Kollegen haben die Möglichkeit, einen jungen Hund dazuzunehmen, was wir sehr begrüßen, damit sich der Kleine vom Erfahrenen noch einiges für den Dienst abschauen kann.“

Leserbriefe

Am Mo., den 09. September 2013 hatten wir (AI J. MÖLLER und AI Herbert WALCH, beide vom LKA-Tirol) wieder einmal die Möglichkeit, an einer weiteren Veranstaltung, organisiert durch die VKÖ (Vereinigung Kriminaldienst Österreich) teil zu nehmen.

Dieses Mal hatte die VKÖ ein Symposium mit dem Titel *Kriminalität kennt kein Alter*, „Kriminalität gegen alte Menschen“ organisiert. Die Veranstaltung fand in Wien, Schottenring 7-9, im Festsaal der LPD-Wien statt, stand unter dem Ehrenschutz von Frau Innenminister Mag.a Johanna Mikl-Leitner und es waren hochrangige Vortragende dazu eingeladen worden.

Zunächst waren wir beide, wahrscheinlich wegen der Überschrift *Kriminalität kennt kein Alter*, „Kriminalität gegen alte Menschen“, eher skeptisch gegenüber dieser Veranstaltung eingestellt, doch sollte sich unsere Einstellung ganz schnell ändern.

Bereits der erste Vortrag von Dr. Helmut Kury vom Max Planck-Institut in Freiburg war dermaßen interessant und packend, dass absolut keine Gefahr von Langeweile aufkam. Der Vortrag von Hans-Ulrich Helfer, Präsident von Humanitas Helvetica e.V. (Schweiz) war ebenfalls sehr interessant und wurde in sprichwörtlich „schweizerischer Ruhe“ vorgetragen.

Die dann folgenden Vorträge von Dr. Josef Hörl, Universität Wien, von Dr. Andrea Berzlanovich, Department für Gerichtliche Medizin Wien, von Mag.a Henriette Höfner, Fachstelle für Gewaltprävention NÖ und von unserem Kollegen Christian Schnatter von der LPD-Wien, waren derart packend und fesselnd, dass einige Veranstaltungsbesucher, so kam es uns zumindest vor, mit ihren Emotionen, sprich „Tränen“ zu kämpfen hatten.

Beinhalteten doch diese Vorträge auch Videoaufzeichnungen und Fallbeispiele, in denen wirkliche eingesetzte körperliche Gewalt gegen alte pflegebedürftige Menschen eingesetzt worden war. Auch uns beiden, die doch durch ihre jahrelange, ja jahrzehntelange Tätigkeit als Polizisten schon einiges gesehen und erlebt hatten, verschlug es sprichwörtlich „die Sprache“.

Alle Vorträge wurden äußerst professionell vorgetragen und es war die Veranstaltung an sich sowie die anschließende Verköstigung wie immer bestens organisiert.

Am Ende des Tages waren wir einhellig der Meinung: Der Besuch dieser Veranstaltung hat sich wieder einmal gelohnt, das Symposium war Spitze. Wir haben viel gehört, gesehen und so war die Reise nach Wien äußerst lehrreich.

Einen herzlichen Dank an die Organisatoren der VKÖ!

J. MÖLLER / H. WALCH

Wir brauchen Verstärkung

Unser Angebot und unsere Serviceleistungen werden immer größer und damit auch die Arbeit. Wir haben den Vorstand zwar bewusst klein gehalten, doch nun brauchen wir Verstärkung, denn das Sekretariat ist ausgelastet. Hier unser Angebot:

Wir suchen einen **Organisationsreferenten/referentin** für die Vorbereitung von Veranstaltungen. Mehr oder weniger zeitunabhängig soll der Referent überprüfen ob Begleitmaterial und Technik bei Veranstaltungen vorhanden ist bzw. dieses beschaffen falls es nicht vorhanden ist. Der Organisationsreferent/die **Referentin** würde vorwiegend mit unserem Bildungsreferenten zusammenarbeiten und diesen in organisatorischer Hinsicht unterstützen. Vorgesehen wäre auch die Führung der Teilnehmerlisten und nach Möglichkeit die Anwesenheit bei Veranstaltungen. Wir suchen eine Frau. Unsere Vereinigung ist sicher männerlastig, deshalb hätten wir gerne eine Referentin für Frauenangelegenheiten. Das Einbringen von Frauenangelegenheiten in das Vereinsgeschehen, eventuell die Mitarbeit in unserer Zeitschrift kripo.at und die allgemeine Mitarbeit im Verein werden erwartet. Für die Organisation unserer Bibliothek und Bilder suchen wir einen **Archivar**. Vielleicht könnte er auch die neuere Geschichte zu Papier bringen. Diese Tätigkeit kann jederzeit und ohne Zeitvorgabe ausgeübt werden.

Ermittler für die Mitgliederdatei gesucht: Viele Mitglieder wechseln den Wohnsitz, melden dies aber nicht. Wir brauchen jemanden, der sich um die „verloren gegangenen“ Mitglieder kümmert. Auch hier ist keinerlei zeitliche Anwesenheit notwendig und es kann selbstständig die Zeit eingeteilt werden. Interessenten können sich in jeder Weise bei uns melden. Fragen beantwortet gerne jedes der Vorstandsmitglieder. Anfragen per Mail unter praesident@kripo.at.

kripo.at-Rätsel



Unser letztes Rätsel war offenbar nicht so leicht zu lösen. Unter den Einsendungen war keine einzige richtige Antwort. Die richtige Lösung lautet:

Es war der Avo-Unterleutnant Bela Lapusnyk, welcher laut einem offiziellen Kommuniké "eines natürlichen Todes infolge toxischer Herzschädigung" gestorben ist.

Neues kripo.at-Rätsel 2013/06

Er wurde 1889 Wien geboren und starb in der Nacht vom 24. auf den 25. März 1933 in Berlin. Sein bürgerlicher Name war Hermann Chajm Steinschneider. Er war ein unter anderem als „Hellseher“ tätiger Trickkünstler, der beim österreichischen Militär "Wünschelrutengänger" ausbildete. Im Zusammenhang mit Kriminalfällen bot er der Berliner Polizei immer wieder seine Mithilfe an. Trotz jüdischer Herkunft agierte er als Sympathisant der Nationalsozialisten.

Wie war sein "Künstlername"?

**IMPRESSUM**

Eigentümer und Herausgeber: Vereinigung Kriminaldienst Österreich
A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, Tel. 050133133
E-Mail: redaktion@kripo.at
Präsident: Richard Benda
Chefredakteur: Prof. Josef W. Lohmann
Redaktionssekretariat: Birgit Eder
Gestaltung: Christian Doneis

Mitarbeiter: Richard Benda, Prof. Josef W. Lohmann, Tam Hanna, Willibald Plenk, Herbert Zwickl, Mag. Max Edelbacher, Helmut Bärthl, Peter Grolig, Frank Dieter Stolt, Peter Niggli (Berlin)

Redaktionsadresse:

Redaktion der **kripo.at**, A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, E-Mail: redaktion@kripo.at
Der Nachdruck von Artikeln ist nur nach Absprache mit der Redaktion mit Quellenangabe zulässig.

Sektionsleiter in den Bundesländern:

Burgenland:	Eisenstadt	Norbert Janitsch, burgenland@kripo.at
Kärnten:	Klagenfurt	Harald Jannach, kaernten@kripo.at
Niederösterreich:	St. Pölten,	Andreas Bandion, niederösterreich@kripo.at
	Wr. Neustadt	Leopold Just, wrneustadt@kripo.at
Oberösterreich:	Linz,	Helmut Kaiser, oberoesterreich@kripo.at
	Wels	Martin Müllner, wels@kripo.at
	Steyr	Josef Fuchshuber, steyr@kripo.at
Salzburg:	Salzburg	Johann Bründlinger, salzburg@kripo.at
Steiermark:	Graz	Karl Strohmeier, steiermark@kripo.at
Tirol:	Innsbruck	Wolfgang Knöpfler, tirol@kripo.at
Vorarlberg:	nicht besetzt	sekretariat@kripo.at



Verleger: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H., A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28. **Anzeigenverwaltung:** A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28 **Hersteller:** DHT Feldkirchen b. Graz, Gmeinerstraße 1-3. **Verlags- und Herstellungs-ort:** A-8073 Feldkirchen b. Graz **Verlagspostamt:** A-8073 Feldkirchen. Der Nachdruck von Inseraten, die in diesem Heft erscheinen, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlegers gestattet. Bei von Angehörigen des öffentlichen Dienstes verfassten Beiträgen handelt es sich um deren persönliche Ansicht als Privatperson und nicht um jene der Behörde.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H.
Grundlegende Richtung: „kripo.at“ ist ein Informationsmedium für Exekutivbeamte und die an Sicherheitsfragen interessierten Bürger. DVR-Zahl: DVR 08885606
„kripo.at“ erscheint sechsmal jährlich, wird allen Mitgliedern kostenlos zugesandt und ist nur per Postzustellung zu beziehen. www.kripo.at
Veröffentlichung nach Pressegesetz.



Unsere Kooperationspartner



WIENER UND LINZER MITGLIEDER-TREFFS

„MITGLIEDERTREFF DER WIENER“

Jeden 1. Montag im Monat
ab 17.00 Uhr
Gasthaus „d'Landsknecht“
Porzellangasse/Ecke Thurngasse,
1090 Wien

„MITGLIEDERTREFF DER LINZER“

Jeden 1. Dienstag im Monat ab
15.00 Uhr
Polizei-Sportbuffet,
Linz, Derflingerstraße Nr. 5

"KRIPO STAMMTISCH WELS"

jeden 1. Dienstag im Monat
ab 16.00 Uhr im PSV Heim

TODESFÄLLE



Wilhelm HAIBL
Klosterneuburg
im 84. Lebensjahr

Johann RAUSCHMAYER
WIEN
im 86. Lebensjahr

TERMINE

Vorschau 2014

- Jänner:** 21. „Sicher surfen“ – Veranstaltung der Sektion Steyr in der FH Steyr
22. Ermittlungen in Krankenhäusern – Ganztagesseminar mit Exkursion im AKH
- Februar:** 18. + 19. Teilnahme am 17. Europäischen Polizeikongress in Berlin.
- März:** 18.-22. Bildungsreise zur EU nach Straßburg, Schengen und Brüssel
- April:** 8.-10. Ermittlungen bei Bränden mit Frank Stolt
- Mai:** 24. Tagesausflug der Pensionisten in Roseggers Waldheimat
27. + 28. Treffen der Sektionen im Burgenland
- Voranmeldungen nimmt aber schon jetzt das Sekretariat (050 133 133 oder sekretariat@kripo.at) entgegen.

Wir fahren zur EU

- Busreise nach Straßburg, Schengen, Brüssel (mit Empfang im EU-Parlament und im Innenausschuss der EU), Gent, Brügge, Limburg.
Zeit: 18. März 2014 bis 22. März 2014 (4 Nächte, 5 Tage)
Kosten: xxxEuro (NF). Die Fahrtkosten übernimmt die VKÖ, Essen ist direkt zu bezahlen.
Reiseplan:
1. Tag Abfahrt Wien nach Straßburg, selbständiger Abendspaziergang in Straßburg
 2. Stadtbesichtigung Straßburg, Fahrt über Schengen nach Brüssel
 3. Tag Stadtbesichtigung Brüssel, Empfang im EU-Parlament
 4. Tag Vormittag Ausflug nach Gent und Brügge, Stadtbesichtigung, Nachmittag Fahrt nach Limburg
 5. Tag Stadtbesichtigung Limburg, Fahrt nach Wien
- Preis: € 275,-



Raub ist nicht vererbbar

In der Literatur werden sie heroisiert, in der Gefängnishierarchie stehen sie an der Spitze – die Räuber. Der Bürger schwankt zwischen Angst und Bewunderung. Gibt es den „edlen“ Räuber wirklich? Sind Räuber bereit zu töten, wenn man ihnen entgegentritt? Kann man erkennen, ob ein Mensch die Anlage zum Räuber hat? Diese und viele andere Fragen wollten schon viele Wissenschaftler und Polizisten beantworten um, eine Prognose über Gefährdungshäufigkeit zu erstellen – bislang vergeblich.

In dem Science fiction-Spielfilm „Minority Report“, der im Jahre 2054 spielt, kann man Straftaten schon erkennen, bevor sie überhaupt begangen werden. Selbst der Zeitpunkt von Morden ist bekannt und die Polizei nimmt die (zukünftigen) Täter fest, damit sie die Tat nicht begehen können. Eigentlich erschreckend oder? Auf Grund gewisser Parameter einen Menschen zum Verbrecher zu stempeln, ohne den freien Willen einzukalkulieren, ist mehr als bedenklich.

Interessanterweise wurde schon mehrmals versucht, das Delikt Raub genau in dieser Weise vorhersehbar zu machen. Es muss ja nicht gleich der Täter mitgeliefert werden, es würde schon genügen, den nächsten Tatort zu erkennen, so die Arbeitshypothese. Auf Grund genauer Detailanalyse vergangener Straftaten wollten verschiedene Wissenschaftler und Behörden (auch österreichische) den Raub (vor allem den Bankraub) im Voraus erkennbar

machen. Die scheinbar simple Lösung: Wenn ich weiß, nach welchen Kriterien Täter Banken auswählen und welchen Tag und zu welcher Stunde sie zuschlagen, welche Kriterien sie für ihre Auswahl verwenden, dann weiß ich auch, wo der nächste Bankraub stattfindet. So simpel die Lösung scheint, so falsch ist sie. Zu unterschiedlich sind die Täter, wodurch eine Vorhersage bisher immer versagte.

Der bislang letzte in der Reihe jener Menschen, die Licht in die Seele des Räubers bringen wollten, ist der Donau-Uni-Absolvent Daniel Smeritschnig. 13 Räuber hat er interviewt, unzählige Experten befragt, im Bundeskriminalamt gestöbert und 100 Raubakte studiert. Unter Mitwirkung des deutschen Wissenschaftlers Dr. Andreas Mokros wurde eine geographische Fallanalyse durchgeführt. Das Ergebnis seiner Recherche hat er in seiner Masterthesis (die übrigens von der VKÖ gesponsert wurde) verarbeitet.

Natürlich kann eine einzelne Analyse kein 100% sicheres Bild ergeben, doch Übereinstimmungen mit ähnlichen Untersuchungen, scheinen doch ein relativ richtiges Bild der Wirklichkeit wiederzugeben.

Der Räuber und seine Familie

Wohl keine überraschende Neuigkeit: Räuber sind männlich und jung, im Schnitt etwa 29 Jahre. Nur 3% der Täter waren Frauen. Die von Smeritschnig überprüften Täter hatten die Geburtsjahrgänge 1957 bis 1993. Eine Pressemeldung der letzten Tage zeigt aber, dass auch bereits ältere Jahrgänge, in diesem Fall ein 55 jähriger Mann, Bankräubern wurden.

Räuber sind in der Regel bereits vorbestraft, aber selten drogensüchtig. (Bemerkt muss dazu werden, dass Straßenraub und Raubüberfälle in Wohnungen nicht in die Untersuchung einbezogen wurden.) Kaum ein Täter beschränkt sich

auf eine einzige Tat, es sei denn, er wurde ausgeforscht. Serientäterschaft scheint bei Räubern üblich zu sein.

Wie bereits angeführt, sind Räuber sehr unterschiedlich und es ist keine gemeinsame Biografie erkennbar. Auch bei der Intelligenz gibt es keine Gemeinsamkeiten. Gemeinsam sind lediglich eine bescheidene Kindheit, zerrüttete Familienverhältnisse, Schulschwänzen, Schulabbruch und häufig Heimaufenthalt. Bemerkenswert vielleicht, dass Räuber ihre Freizeit gerne in Parks (in Wien im Prater) verbrachten. In allen überprüften Fällen waren die Eltern nicht vorbestraft, was im Gegensatz zu manch anderen Delikten bedeutet, Raub ist nicht vererbbar.

Wenig überraschend war, dass alle Räuber schlank und sportlich waren. Überraschend dagegen die Vorgehensweise gegenüber einer Partnerin nach der Tat: Partnerschaften werden üblicherweise aufgelöst, der Lebensstil selbst aber nicht verändert.

Sicher alles Ausländer die Räuber, wird so mancher glauben. Mitnichten. Inländer und Ausländer halten sich als Täter etwa die Waage (48% Inländer – 52% Ausländer).

Die Gedankenwelt des Räubers

Wir haben also eine Person, die gewisse Kriterien erfüllt, aber deswegen muss sie nicht zum Räuber werden. Was ist nun der Auslösefaktor? Übereinstimmend werden Arbeitslosigkeit und Geldnot als auslösendes Element angegeben. Ein Proband gab an, dass Raub „einfach leicht geht“. Relativ wenig werden die Taten vorgeplant, schon gar nicht eine Geiselnahme. Die Täter wollen einfach flüchten, aber weder verletzen, noch töten, wenn gleich sie an die Überfallenen keinen Gedanken verschwenden. Vor allem Bankräuber sehen nur das Geld der Bank, aber nicht die Person hinter dem Kassenschalter. Wenn Gewalt während der Tat ausgeübt wird, dann ist sie in der Regel zur Einschüchterung des Opfers. Feindbild sind dagegen Polizisten und Bewachungspersonal. Sie können potentielle Täter abhalten,



Räuber sind männlich und jung

weil die Gefahr einer Auseinandersetzung befürchtet wird. Bei diesen Personen ist aber die Hemmschwelle der Gewaltausübung geringer.

So wenig wie Raubtaten geplant sind, so wenig wird auch die Flucht vorbereitet. Nur ein Teil der Täter denkt an die Bereitstellung eines Fluchtfahrzeuges oder sogar an einen Wechsel. Am ehesten wird noch die Polizei und deren Einsatzzeit ausgespäht. Einen Plan B bei Scheitern seiner Raubtat hatte kein einziger befragter Täter vorbereitet.

Der Tatort

Wenn schon die Tat selbst nicht geplant ist, so wird doch wenigstens der Tatort ausgekundschaftet worden sein? Planung? Wenn überhaupt, dann sind es kurzfristige Entscheidungen, von minutlöser Planung kann überhaupt keine Rede sein. Bevorzugt für Raubtaten sind Banken, Postämter, Lebensmittelläden und zunehmend Tankstellen und Wettbüros. Die überwiegende Mehrheit der Täter (außer ausländische Täter) kannte den Tatort und seine Gegebenheiten. Die Meinung, dass der letzte Gast der Täter ist, ist gar nicht so unwirklich. Überfälle auf Wettbüros zeigen, dass die Täter immer vorher Gast waren.

Schlechte Nachricht für alle, die glauben auf Grund von Fallanalysen Prognosen er-

stellen zu können. Die Tatorte sind genau so unterschiedlich wie die Täter. Die Einen bevorzugen die Nähe einer U-Bahnstation, die Anderen die Nähe der Autobahn, der eine Täter will eine einsame Bankfiliale, der andere ein Geschäft mitten in der Fußgängerzone.

Und doch gibt es einige Gemeinsamkeiten. Wenig Kunden sind ein Kriterium für Einzeltäter (nicht jedoch bei mehreren Tätern). Gerne wird die Zeit vor Laden- oder Geschäftsschluss genommen, wobei der Donnerstag bei Banken auf Grund der längeren Öffnungszeiten den Vorrang hat. Kameras sind den Tätern egal, denn Maskierung gilt als das wichtigste Mittel zur Verschleierung.

Um es nicht zu vergessen: Das wichtigste Transportmittel zum Abtransport der Beute ist der Rucksack.

Flucht und Festnahme

Der Tat folgt unweigerlich die Flucht. Das Auto ist hier als Fluchtmöglichkeit führend, aber es folgt danach schon das Fahrrad. Relativ selten wird ein öffentliches Verkehrsmittel zur Flucht benützt. Nicht vergessen werden darf, dass ein Gutteil der Täter einfach zu Fuß das Weite sucht, eventuell aber in einer Entfernung sein Fluchtfahrzeug abgestellt hat. Aber wohin flüchten die Täter? Auch hier gibt es kein einheitliches Fluchtziel. Bei zu Fuß flüchtenden Tätern ist häufig ein nahegelegenes Stiegenhaus der Aufenthaltsort. Zwei Stunden sehen die Täter als genügend an, um den Fahndungsmaßnahmen der Polizei zu entgehen. Die eigene Wohnung, ein Lokal oder bei Drogenabhängigen der nächste Drogenumschlagplatz sind häufige Fluchtziele.

Üblicherweise wird auf der Flucht die Maske, zum Teil die Kleidung weggeworfen, vorwiegend in Mülleimer. Bei Flucht mit dem Auto dient dieses auch als Entledigungsort verdächtiger Kleidung.

Für Ermittler die wohl wichtigste Frage? Wo machen Räuber Fehler, die zu ihrer Ausforschung und Festnahme führen? An erster Stelle steht die mangelnde Planung, dicht gefolgt vom Erkennen des Fluchtfahrzeuges. Das zu lange Verweilen

am Tatort und zu viele Taten im gleichen Gebiet folgen auf den Plätzen. Da Räuber nicht immer Handschuhe tragen, ist auch eine Ausforschung über Fingerabdrücke erfolgversprechend. In einem Fall wurde der Täter bei der Tat festgenommen, weil er bereits tatverdächtig war und observiert wurde. Die Mehrheit der Festnahmen erfolgt jedoch nicht am Tatort, sondern am Wohnort.

Kann man das erfreulich nennen? Bei Tätern, die mehrere Taten begingen, trat

mit der Zeit eine gewisse Routine ein, die dazu führte, dass die Planung noch mangelhafter wurde und Fehler begangen wurden.

Waffe und Geografie

Raub wird unwillkürlich mit Waffe verbunden, dem ist aber nicht immer so. Etwa 90% der Täter sind bewaffnet, es überwiegt das Messer (34%) als Waffe. Grundsätzlich gibt es nichts, was nicht als Waffe eingesetzt werden kann und auch

wurde, scharfe Waffen wurden aber nur in 3% der Fälle verwendet.

Interessant ist, dass die Entfernung vom Wohnort des Täters zum Tatort variiert. Weitere Strecken werden nur von Tätern mit Autos zurückgelegt. Üblicherweise sind die ersten zwei Tatorte in der Regel nahe beim Wohnort. Die Taten 3 und 4 sind dagegen immer weiter entfernt, danach folgt eine Rückkehr in die Nähe des Wohnortes oder Bezugspunktes. • R.B.

Sicherheit ist ein Gefühl

Die Vermarktung von Sicherheit war das Thema der 11. Sicherheitskonferenz der Donau-Universität in Krems. Ein Thema, das nicht unbedingt auf die privaten Sicherheitsdienstleister beschränkt ist, denn auch die Polizei muss ihre Leistungen „verkaufen“.

Eigentlich ein Widerspruch: in einer Zeit, in der die politische und wirtschaftliche Macht auf unserem Globus neu verteilt wird, in der die regionale und lokale Ordnung zerfällt, in der sich die Konflikte entlang der religiösen und kulturellen Bruchlinien verstärken, wird immer weniger in Sicherheit investiert. Kann das gut gehen? Prof. Dr. Günther Schmid, ehem. leitender Mitarbeiter des deutschen Bundesnachrichtendienstes, entwarf ein pessimistisches Bild der europäischen Zukunft. Das Problem unserer Sicherheit wird von Regierungen und Bevölkerung zur Seite geschoben, man will die steigende Unsicherheit nicht wahrhaben. Es wird schon gut gehen, so die häufigste, aber falsche Meinung. „Eine Welt ohne Weltordnung“, so Schmid bei seinem Vortrag, könnte zu weiteren asymmetrischen Konflikten (wie derzeit in Syrien) führen oder zum Zerfall von Staaten (siehe Jugoslawien). Kaum anzunehmen, dass Europa aus dieser Entwicklung ohne Probleme aussteigen wird und sei es nur durch verstärkte Migrationsströme.

Die Erziehungswissenschaftlerin Prof. Dr. Marianne Gronemeyer sieht Sicherheit dagegen völlig anders. Sicherheit und Freiheit würden in einem Konkurrenzverhältnis stehen, ein Mehr an Sicherheit zu einem Minus an Freiheit führen, so ihre These. Der für sie übertriebene Sicherheitswahn wird unweigerlich zu einem Verlust an Freiheit führen. Für sie ist Sicherheit ein emotionelles Problem, das immer mit Angst und Furcht zu tun hat, sie kann daher nicht ausschließlich rationell betrachtet werden. Gronemeyer kritisiert auch, dass Sicherheit zur Ware geworden ist, die sich nur mehr Reiche leisten



Die Organisatoren des 11. Sicherheitskongresses der Donau-Universität in Krems.

können. Die Sicherheitsindustrie wäre laufend auf der Suche nach neuen Gefahren und kaum sei die Gefahr gebannt, würde schon die nächste gesucht.

Warum hat Sicherheit einen hohen Stellenwert, jene Menschen dagegen, die Sicherheit produzieren, einen so schlechten Ruf? Diese Frage beantwortet Jon Christoph Berndt, Buchautor und Politologe und belegt sie gleich mit Beispielen. Die mit Fotos belegte, oft furchtbare Uniformierung von Polizei und Sicherheitsorganen sei kontraproduktiv für das Ansehen und würde zu einem Vertrauensverlust führen. Das Image der Polizei würde auch durch das zum Teil unprofessionelle Auftreten in der Öffentlichkeit leiden. „Auch rationale Branchen müssen mit Gefühlen arbeiten“ meinte Berndt.

Zuletzt belegte die Motivforscherin Dr. Sophie Karmasin an Hand von Umfragen, dass Sicherheit bei der Bevölkerung in der Rangordnung der Wichtigkeit an dritter Stelle (nach Gesundheit und Lebenszufriedenheit) liegt. Vor allem Frauen über 50 und wenig Gebildete sehen Sicherheit als hohes Gut an, während Hochgebildete und Menschen mit hohem Einkommen am wenigsten Furcht haben. Erfreulich, dass die Bevölkerung in erster Linie die Polizei als Garant der Sicherheit ansieht.

Resümee:

Sicherheit lässt sich nicht alleine mit rationalen Argumenten „verkaufen“, es müssen auch Gefühle angesprochen werden. Für das Image ist nicht allein die Qualität der Dienstleistung, sondern auch die Vertrauenswürdigkeit von Wichtigkeit. • R.B.

Fliegende Zielscheiben

Gary Kasparow und Angela Merkel verbindet eine höchst seltsame Befindlichkeit: Sie empfangen beide „Geschenke aus der Luft“. Im Fall des Schachweltmeisters sorgte ein durch die Luft fliegender Penis für Heiterkeit auf einer Pressekonzferenz – die Bundeskanzlerin bekam von der Piratenpartei einen Quadrocopter vor die Füße.



Klassische Helikopter haben einen Trag- und einen Stabilisierungsrotor. Der Quadrocopter unterscheidet sich durch die Anordnung der Triebwerke: er hat derer vier, die ähnlich wie die Rybinsk-Turbinen der Yak38 nach unten blasen. Bewegungen entstehen durch Schubvektorisierung – diese wird normalerweise durch Variation der Turbinendrehzahl oder des Propeller-Pitches erreicht.

Vier Rotoren sollst du haben

Aufgrund der durch ein FADEC einfachen Steuerung gelten Quadrocopter als ideal für all jene Einsätze geeignet, bei denen es auf hohe Manövrierfähigkeit ankommt. Im Rahmen einer Währungsreform entstehende Demonstrationen lassen sich mit wenig Personalaufwand überwachen: eine Drohne hat nur selten Hunger, ist nie müde und braucht kein Gehalt.

Ausreichend große Quadrocopter erreichen attraktive Traglasten. Aus diesem Grund sind sie bei diversen Polizeikräften im testweisen Einsatz – in Japan gibt es mittlerweile sogar Prototypen von Drohnen, die weitgehend autonom arbeiten. Diese Information geht auch an radikalen Kommunisten nicht vorbei – auf Indymedia fand sich eine Aufforderung, die Drohnen zur Überwachung von Polizeibewegungen im Rahmen der „Großlagen (um den) 1.Mai“ einzusetzen. <https://linksunten.indymedia.org/node/60884>

Missachtung des Völkerrechts

Die schon 1868 verabschiedete Petersburger Erklärung verbietet Sprenggeschosse mit einer aktiven Wirkstoffmenge von weniger als 400 Gramm. Seit damals wurde eine ganze Gruppe weiterer internationaler Verträge geschlossen, die den Einsatz von „kleinen“ Raketen ächten und somit für (nicht existenziell bedrohte) Staaten unattraktiv machen.

Terroristen aller Couleur (und ihre geheimdienstlichen Unterstützer) scheeren sich um derartige Abkommen nur wenig. Im Handel ist eine Vielzahl von Modellflugzeugen erhältlich, die sich mit wenig Aufwand mit einer Videokamera und einem Sprengsatz ausstatten lassen. Auf diese Art und Weise entsteht „die Cruise Missile des kleinen Mannes“.

Abwehr...

Quadrocopter sind aufgrund ihrer eher gemächlichen Fortbewegungsweise „große fliegende Zielscheiben“, die sich durch Pistolenbeschuss auf einen der Rotoren zum Absturz bringen lassen – die meisten FADECs sind nicht auf die Kompensation eines Rotorausfalls parametrisiert.

Im Fall eines „Arial Torpedos“ sieht die Lage weitaus komplexer aus. Gerüchte berichten davon, dass ein angelsächsischer Staat sein Botschafts-Sicherheitspersonal mit automatischen Schrotflinten

ausstattet – diese sollen den Airfoil des Fluggeräts ähnlich einer Flak stören und so das Treffen des Ziels erschweren.

Achtung vor Selbstlaboraten

Nach dieser Betrachtung der Möglichkeiten mag sich der eine oder andere Leser animiert fühlen, seiner Einheit ein selbstgebautes Weihnachtsgeschenk in Form einer Drohne zu machen. Davon ist – unabhängig von allen rechtlichen Wagnissen – strengstens abzuraten.

Aufgrund des enormen Bedrohungspotentials für Politiker sind bewaffnete Drohnen und Quadrocopter ein rotes Tuch für Geheimdienste. Selbst im Osten lebende Waffenhändler mit Kontakten zur IRA empfinden die Produkte als „zu heiß“ - das Risiko, samt Familie zu „verunfallen“, ist laut diversen Insiderquellen sehr real und jederzeit gegeben.

Fazit

Quadrocopter und Modellflugzeuge sind ein faszinierender Freizeitvertreib: die Sowjtunion förderte den Modellbau bei ihrer Jugend und profitiert noch heute vom dadurch entstehenden gesteigerten technischen Verständnis. Ein kluger Mensch postulierte, dass jede neue Technik über kurz oder lang kriegerisch genutzt wird..

•Tam Hanna.



Grenzenlos

Wir befinden uns im Jahre 2013 n. Chr. Ganz Österreich hat offene Grenzen zu seinen Nachbarn im EU- bzw. Schengen-Raum...Ganz Österreich? Nein! Ein von einer unbeugsamen Heerschar an Sicherheitskräften besetzter Flughafen hört nicht auf, unerwünschten Eindringlingen, Terroristen und Kriminellen aller Art Widerstand zu leisten...

Ihnen kommt der Einstieg bekannt vor? Richtig: So (ähnlich) beginnen alle der mittlerweile 35 Asterix-Geschichten. Irgendwie hat mich das Hauptthema dieser Ausgabe, eben Österreichs letzte EU-Außengrenze(n) auf den Flughäfen am Beispiel Wien-Schwechat, zu diesem Vergleich inspiriert. Nein, ich will damit nicht andeuten, dass wir von „den Römern“ besetzt wären (außerdem spinnen die ja bekanntlich alle, die Römer, Anm.). Wobei: Wäre ein Vergleich zwischen Römischer Reich und der EU gar so falsch?

Jetzt aber ernsthaft: Ich könnte Ihnen sagen, dass Österreichs Staatsgrenze 2.562 Kilometer lang ist. Oder dass die Stadtgrenze von Wien 136,5 Kilometer misst. Vielleicht auch interessant: Das Wiener Straßennetz ist zuletzt um sieben Kilometer länger geworden. Ob sie aber auf den nunmehr 2.811 Kilometern quer durch die Bundeshauptstadt düsen, von Ottakring nach Hernals oder in die Josefstadt fahren – es ist egal. Es ist auch egal, ob sie die Grenze von Wien nach Niederösterreich passieren. Oder jene von Österreich nach Ungarn.

Österreichs letzte „richtige“ Außengrenzen sind jene auf den Flughäfen. Hier wird, speziell in Schwechat, ein enormer

Aufwand betrieben, um einerseits die Sicherheit über den Wolken zu gewährleisten, und andererseits eben diese letzte verbliebene Grenze der „Festung Europa“ zu sichern. Wobei: Grenzen, so sagen gescheite Menschen, gibt es nur im Kopf. In der EU lautet das Motto: Freie Fahrt für freie Bürger. 1989 sind Spitzenpolitiker mit der Drahtschere angerückt, um den Eisernen Vorhang durchzuschneiden. 2007 wurden die Grenzbalken zu den „neuen“ EU- bzw. Schengen-Mitgliedsstaaten (Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien) mit ähnlich viel Tamtam abgebaut. Damit war Österreichs bisher 1149 Kilometer lange Schengen-Außengrenze auf einen Schlag Geschichte.

Und noch ein geschichtlicher Aspekt: Im Mai 2004 wurde die bereits 1995 von etwa 4300 auf rund 2300 Beamte geschrumpfte Zollwache, Österreichs ältester Wachkörper, aufgelöst, die Bediensteten wechselten zu Polizei und Gendarmerie, ehe auch diese beiden traditionellen und in den Jahren zuvor personell ausgehungerten Wachkörper 2005 fusioniert wurden. Dass es nun wieder uniformierte (und bewaffnete) Zöllner gibt, mag vielleicht so aussehen, ist aber – der Diktion der politisch Verantwortlichen folgend – völlig falsch. Denn das, was wie eine Uniform wirkt, wird formell „Dienstkleid“ genannt. Damit auch nur ja niemand auf die Idee kommt, dass die von den mittlerweile von Schlagzeilen der wenig erfreulichen Art verfolgten Ex-Ministern Strasser und Grasser verordnete Auflösung falsch gewesen sein könnte...

Als Österreich 1997 dem Schengen-Ver-

bund beitrug, haben unsere Nachbarn Bedenken geäußert. Vor allem im Freistaat Bayern wurde bezweifelt, dass „die Ösis“ ihre Grenzsicherungsagenden schaffen würden. Die Geschichte hat bewiesen: „Die Ösis“ haben ihre Hausaufgaben gemacht. Die Geschichte hat aber auch noch etwas gemacht: Sie hat sich einmal mehr wiederholt. Denn als die Schengen-Grenze 2007 nach Osten verschoben wurde, hagelte es nahezu wortidentische Kritik an den „Neuen“.

Der Zusammenbruch des Kommunismus bzw. der Wegfall des Eisernen Vorhangs samt Aufbruchstimmung in den „Ostblock-Staaten“ hat Österreich Anfang der 1990er Jahre eine Kriminalitätswelle beschert. 1990 wurden in Österreich bereits 457.623 Straftaten statistisch ausgewiesen, die Klärungsquote lag bei 44,2 Prozent. Vierzehn Jahre später waren es 643.648 bzw. 38,1 %. Zuletzt (2012) hat sich die Zahl der Verbrechen und Vergehen bei 548.027 und die Klärungsquote bei 42,6 % eingependelt. Ob diese Entwicklung mit schärferen Kontrollen an den Außengrenzen und/oder sogenannten „Ausgleichsmaßnahmen“ hierzulande zu tun hat, überlasse ich der Einschätzung des geeigneten Lesers. Wie es aber um die Außengrenze der EU wirklich steht, entscheidet sich nicht unbedingt am von unbeugsamen Heerscharen an Sicherheitskräften besetzten Flughafen – das machen uns die nahezu täglichen Tragödien im Mittelmeer leider nur allzu deutlich.

• peter.grolig@kripo.at

INTERPOL - 90 Jahre bewegte Polizeigeschichte



Bereits im Jahr 1914 fand in Monaco ein internationaler Polizeikongress statt, der aber noch nicht die Geburtsstunde der heutigen Interpol (ICPO - International Criminal Police Organisation) darstellte. Gegründet wurde die Organisation Interpol (IP) 1923 über Initiative von Dr. Johannes Schober, damals Wiener Polizeipräsident, mit dem Hauptquartier in Wien.

Nach Zwischenstationen (Berlin 1942 - 1946, Paris 1946 - 1989) wurde das Hauptquartier schlussendlich im Jahr 1989 nach Lyon übersiedelt, wo es heute noch zu finden ist.

2014 wird in Singapur eine weitere Zentralstelle von IP für Forschung und Entwicklungszentrum seine Arbeit aufnehmen. Sie soll Interpol Lyon ergänzen und die Präsenz der Organisation in Asien verbessern.

190 Mitgliedsländer

Aktuell hat IP 190 Mitgliedsländer von Afghanistan bis Zimbabwe. Internationale Partner sind u.a. die UNO, die EU, die G8 und die WHO.



Besuch bei Interpol durch hochrangige Vertreter des österreichischen Innenministeriums im Jänner 2012 - in der Mitte der Leiter des NCB-Österreich

Die IP-Staaten verkehren mit Österreich in den Sprachen Deutsch (jedoch keine IP-Sprache) Englisch, Französisch und Spanisch. Außer dem ständigen Schriftverkehr mit IP und den NCB (Nationalen Büros) der 190 Mitgliedstaaten, nimmt Österreich auch an gemeinsamen Projekten teil. Hier wären beispielhaft die Projekte Pink-Panther (Raubüberfälle auf Juweliere), Millennium (OK aus dem ehemaligen Russland und den ehemaligen kommunistischen Staaten Osteuropas - ursprünglich wurde das Projekt Russische OK genannt). Weiters wäre noch Match Fixing (Betrug im Zuge von Fußballspielen) zu nennen.

Homepage des IP-Generalsekretariats (IPGS): www.interpol.int
Das nationale Büro von IP (Büro 2.4 im Bundeskriminalamt [II/BK/2.4]) ist in Österreich 24/7 für operative Fälle unter der Telefonnummer: 01 24836/85025 erreichbar. •H.B.

Schluss mit der Sozialromantik

Ein Jugendrichter packt aus

Andreas Müller ist seit 1994 Richter und war den Großteil seiner Dienstzeit immer als Jugendrichter tätig. Die Urteile des 1961 geborenen Richters sind bei vielen Juristen, aber auch in großen Teilen der brandenburgischen Polizei, bekannt und haben darüber hinaus für die deutsche Jugendgerichtsbarkeit Signalwirkung. Bundesweites Aufsehen erregte er, als bekannt wurde, dass er neben harten Arreststrafen Neo-Nazis als Bewährungsaufgabe das Tragen von Springstiefeln, die er als Waffen einstufte, untersagte. Eine 15-Jährige, die öffentlich den Hitlergruß zeigte, ließ er eine Moschee in Berlin-Kreuzberg besuchen und mit jungen Türken zusammen Döner essen.

Müller, langjähriger Kollege der unter tragischen Umständen ums Leben gekommenen Richterin Kirsten Heisig, sieht im deutschen Jugendstrafrecht Handlungsbedarf. Müller: Während konservative Hardliner blinde Härte empfehlen, sind es linke Sozialromantiker denen Milde im Umgang mit den Tätern über alles geht.

Verlag Herder

240 Seiten, ISBN 978-3-451-30909-0, € 16,99



Die Schwestern morden weiter



Kann man einen Menschen mit einem Messerstich in den Rücken töten? Wo kann man Arsen kaufen? Wieso sind bei Kriminalfilmen die Pathologen immer die ersten am Tatort? Diese und noch viele andere Fragen stellen die „Mörderischen Schwestern“, eine internationale Verbindung von Krimiautorinnen, an „echte“ Kriminalbeamte. Zweck dieses, Mitte November nunmehr bereits zum zweiten Mal stattfindenden Gedankenaustausches zwischen Fiktion und Wirklichkeit, ist es, schwerwiegende Fehler und Unmöglichkeiten bei neuen Romanen zu verhindern. Die Autorinnen und auch die Kriminalisten waren sich aber einig, dass aus Gründen der Spannung gewisse, in der Praxis nicht vorkommende Verhaltensweisen von Tätern und ermittelnden Beamten unvermeidbar sind. Im Gegenzug für ihre Informationen erhielten die anwesenden Kriminalbeamten Einblick in die Gedankenwelt und Vorgangsweise von Autorinnen beim Schreiben eines Kriminalromans. Die Frage, wie man einen Mord perfekt als Unfall vortäuschen kann, wollten die Kriminalisten, trotz Versicherung der Autorin das Wissen nur für einen Roman zu benötigen, nicht beantworten. Wer wissen will welche Mordphantasien die „Mörderischen Schwestern“ bisher entwickelten, kann sich gern einen der Kriminalromane aus der Bibliothek der Vereinigung ausborgen.